

Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, April 2024

OLSBRÜCKEN: UNSER DORF IN GUTEN HÄNDEN

Ortsbürgermeister Walter Schneck (SPD) hat sich entschieden, für eine weitere Amtszeit als Ortsbürgermeister zu kandidieren. Der SPD-Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach hat in seiner Mitgliederversammlung vom 15. Februar 2024 Walter Schneck als Kandidaten der SPD für dieses Amt einstimmig vorgeschlagen, weil man im Ortsverein der festen Überzeugung war und ist, dass Walter Schneck der richtige Mann für dieses Amt ist. Dabei hat man sich zum einen von seinen Verdiensten um Olsbrücken in der jetzt ablaufenden Wahlperiode und zum anderen von seinen Plänen für die kommende Wahlzeit leiten lassen.

Die „Dorfschell“ sprach mit Walter Schneck über seine Gründe für die erneute Kandidatur, seine Bilanz der vergangenen fünf Jahre und seine Pläne für die nächsten fünf Jahre.

Dorfschell: Herr Schneck, was hat sie veranlasst, nochmals zu kandidieren?

Schneck: Ich habe in den vergangenen fünf Jahren gemerkt, dass es in Olsbrücken viel zu tun gab und gibt und dass ich in der Lage bin, Olsbrücken zu helfen und weiter zu bringen. Aber es ist noch einiges zu tun und das möchte ich für Olsbrücken leisten.

Dorfschell: Was wäre denn Ihr wichtigstes Anliegen für die Zukunft?

Schneck: Aktuell sind es die Finanzen! Wie so viele Gemeinden in Rheinland-Pfalz hat Olsbrücken finanzielle Schwierigkeiten. Und das schon seit vielen Jahren. Jetzt gibt es die Chance, bei der finanziellen Gesundung einen Schritt voranzukommen.

Dorfschell: Können Sie das mal konkretisieren?

Schneck: Olsbrücken hat im Moment ca. 1,5 Millionen Euro Schulden. Das Land ist nunmehr bereit, durch seinen Entschuldungsfonds etwa 1. Million Euro davon zu übernehmen. Das ist ein großer Schritt nach vorne. Wir müssen aber die restlichen Schulden in Höhe von etwa 500000€ aus eigener Kraft abbauen.

Dorfschell: Kann Olsbrücken das denn?

Schneck: Ja! Das Rückgrat für diese Schuldentilgung sind die Erträge aus den Windrädern in unserer Gemarkung. Für den Betrieb des Windrades Nr. 1, dem zukünftigen Betrieb der Windräder 2 und 3 sowie aus der EEG-Umlage für diese Windräder und die aus unserer Nachbar-

schaft erhalten wir jährlich ca. 50000 €. Also wären wir unsere Schulden in ca. 10 Jahren komplett los.

Dorfschell: Das hört sich toll an. Gibt es dabei keinen „Pferdefuß“?

Schneck: Wir müssen nach den Regularien des Landes zukünftig ausgeglichene Haushalte vorgehen. Und das können wir nur erreichen, wenn wir unsere Einnahmen erhöhen. Tun wir das nicht, erhalten wir zum einen nicht die Schuldenübernahme durch das Land, zum anderen laufen wir wegen der nicht ausgeglichenen Haushalte in eine Haushaltssperre und können uns praktisch nicht mehr rühren.

Dorfschell: Wie wollen Sie das erreichen?

Schneck: Uns bleibt nichts anderes übrig, als die Grundsteuer B von bisher 550% auf 730% zu erhöhen. Da allerdings die Grundlagen der Grundsteuerberechnung sich für die meisten Grundstückseigentümer verbessern, ist die Erhöhung nicht so belastend, aber natürlich merkbar. Tun wir das aber nicht, dann bleiben wir auf unseren Schulden sitzen und können uns auch investiv nicht mehr rühren.

Dorfschell: Lassen wir einmal Revue passieren, was in den letzten fünf Jahren in Olsbrücken sich alles so entwickelt hat. Welche sind die wichtigsten Ergebnisse?

Schneck: Vorweg: Ich habe in dieser Wahlperiode nahezu alles erreicht, was ich mir vorgenommen hatte. Mein Hauptziel war der Ausbau des Dorfplatzes zum Mehrgenerationenplatz. Das ist bis jetzt fast vollständig gelungen. Wir haben einen Kleinkinderspielplatz mit Aufenthaltsmöglichkeiten für Erwachsene geschaffen. Wir haben eine Boulebahn gebaut und sind sehr

weit mit dem Ausbau und der Gestaltung des früheren Milchhäuschens gekommen. Wenn die Arbeiten am Milchhäuschen abgeschlossen sein werden, dann fehlt letztlich nur die Begrünung des Platzes zur Wörsbacher Straße hin.

Dorfschell: Was war noch für Sie prägend?

Schneck: Auch hier etwas vorweg: Was wir in Olsbrücken erzielen konnten, war nur mit dem Immensen Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern in Olsbrücken möglich. Es gab viele Spenderinnen und Spender, ohne deren Geld die meisten Projekte nicht umsetzbar gewesen wären. Es gab insbesondere die Arbeitsgruppe „Olsbrücken wird schöner“, die durch ihren freiwilligen, kostenlosen Einsatz so vieles hat Wirklichkeit werden lassen. Und überall musste und wollte der Ortsbürgermeister dabei sein (lacht).

Nun zu den im einzelnen umgesetzten Projekten:

- Bau des Spielplatzes am Fußballplatz,
- Ausbau und Reparatur der Feldwege (was in der Vergangenheit sehr vernachlässigt worden war),
- Fällarbeiten an umsturzgefährdeten Bäumen nach dem Baumkataster. Neue Bäume werden in Zusammenarbeit mit dem Forst nachgepflanzt,
- eine neue Heizungsanlage im Bürgermeisteramtsgebäude,
- Glasfaserausbau, wird wohl im Mai 2024 beendet sein,
- viele Arbeiten am Friedhof, wie:
 - Erneuerung der Wasserleitung, an der auch die Wasserversorgung der Pfälzerwaldvereinshütte hängt,
 - Möglichkeit der Baumbestattung,
 - Renovierung des gesamten Friedhofsbereiches.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Walter Schneck hat als Ortsbürgermeister in der jetzt zu Ende gehenden fünfjährigen Wahlperiode viel für Olsbrücken geleistet. Es war gut, dass er Ortsbürgermeister wurde. Hat er doch Olsbrücken nach einer langen Zeit des Stillstands nach vorne gebracht. Seine Bilanz kann sich sehen lassen und auch seine Zukunftspläne geben Hoffnung, dass es gut mit Olsbrücken weiter gehen wird. Einbezogen in dieses positive Bild müssen aber auch unbedingt die anderen an dieser Entwicklung Beteiligten werden. Da ist insbesondere der Gemeinderat und hier vor allem die SPD-Fraktion. Aber ganz beson-

Und das sind nur die wichtigsten Projekte!

Dorfschell: Beeindruckend! Und was sind Ihre wichtigsten Pläne für die nächste Wahlperiode?

Schneck: Zwei große Maßnahmen stehen schon gleich am Anfang im Vordergrund, nämlich der Ausbau der Straße Am Waldhof und der Um- und Ausbau der Kita. Für diese beiden Projekte müssen wir insgesamt ca. zwei Millionen Euro aufwenden, wobei der Eigenanteil der Ortsgemeinde um die 700000 € betragen wird, den wir über Kredite mit einer Gesamtlaufzeit von 30 Jahren finanzieren werden.

-Eine längere und andauernde Aufgabe wird die Vermarktung leerstehender Gebäude sein. Nur darüber können wir Neubürgern ein Angebot machen, weil uns die Aufsichtsbehörde die Ausweisung eines Neubaugebietes untersagt hat.

-Wir werden uns bemühen, der Kreisverwaltung eine geeignete Fläche für den Bau einer Rettungswache anzubieten. Wir haben eine solche Fläche, ob wir zum Zuge kommen werden, wird sich zeigen.

-Am Mehrgenerationenplatz möchte ich einen Fleischautomaten und einen Eisautomaten aufstellen lassen, um die Warenausgabe in Olsbrücken auszubauen.

Das sind einmal die ersten Projekte. Sicherlich werden im Laufe der Zeit noch weitere hinzukommen. Natürlich bin ich auch vorbereitet, wenn es doch noch zum Bau der Umgehungsstraße kommen sollte. Und die Zustände auf der Lautertalbahn bleiben weiter im Fokus.

Dorfschell: Herr Schneck, vielen Dank für Ihre ausführlichen Angaben. Wir danken Ihnen auch für Ihr ausgeprägtes Engagement für Olsbrücken. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Wahl. Denn bei Ihnen ist unser Dorf in guten Händen!

ders auch die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer, die überhaupt erst die Verwirklichung vieler Projekte ermöglicht haben sowie die vielen Spenderinnen und Spender ohne deren Beitrag so manches nicht hätte finanziert werden können. Man kann sagen: Mit so einer Mannschaft lässt sich die Zukunft Olsbrückens weiterhin gut gestalten.

Die Demonstration für Demokratie, gegen Hass und Hetze und insbesondere gegen die AfD hat gezeigt, dass auch bei uns viele bereit sind, sich für die Bewahrung unserer Werte aktiv einzusetzen. Sie wollen all denen vom rechten Rand

zeigen: Wir stehen gegen euch und wir sind die Mehrheit! Wenn zu dieser Demonstration etwa 60 Personen kamen (die Differenz zu den Angaben der „Rheinpfalz“ rührt daher, dass nachträglich noch Leute hinzugekommen sind), so beweist dies, dass es auch auf dem Land viele gibt, die sich gegen den rechten Sumpf stellen. Mit 60 Leuten hat man in etwa den Teilnehmerschnitt erreicht, wie er sich bei der großen Demonstration in Kaiserslautern gegen Rechtsradikale ergeben hat. Wenn in Kaiserslautern sich etwa 5000 Menschen an der Demonstration beteiligt haben, dann entspricht das in etwa 5% der Bevölkerung Kaiserslauterns. Wenn in Olsbrücken ca. 60 Leute kamen, dann sind sogar etwas mehr als 5% der Bevölkerung Olsbrückens (bei ca. 1050 Einwohnern). Dass nicht alle Teilnehmer aus Olsbrücken waren, spielt dabei keine Rolle, denn auch in Kaiserslautern stammten nicht alle Demonstrationsteilnehmer aus der Stadt.

In dieser Ausgabe der „Dorfschell“ ist auch einiges zur Rente gesagt. Es ist beruhigend, wenn die Bundesregierung sagen kann: Die Rente ist sicher! Denn für viele Rentnerinnen und Rentner ist die Rente das einzige Einkommen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt finanzieren können. Und da sie in der Regel wegen ihres Alters keine andere Möglichkeit haben, an Einkommen zu kommen, muss die Sicherheit der Rente unter allen Umständen gewahrt sein. Allerdings müssen sich diejenigen, die sich zurzeit im Arbeitsprozess befinden, darauf einstellen, einen höheren Rentenbeitrag zu zahlen, allerdings Gott sei Dank nicht so hoch wie ursprünglich angenommen. Das hat auch mit der Rekordbeschäftigung zu tun, denn diese Mehrbeschäftigten zahlen in die Rentenkasse ein und dämpfen damit die Höhe des Beitragsaufwandes.

IST DIE RENTE SICHER?

„Die Rente ist sicher!“ Dieser berühmte Satz geht auf den damaligen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) zurück. Dieser Satz war zur damaligen Zeit ebenso umstritten wie er in der folgenden Zeit sich bestätigt hat. Das ist aber nicht in Stein gemeißelt. Vor diesem Hintergrund haben Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) das sogenannte Rentenpaket II der Öffentlichkeit vorgestellt.

Kernaussage ist: Das Rentenniveau bleibt bei 48% und das Renteneintrittsalter von 67 Jahren wird nicht erhöht. (Das Rentenniveau ist das Verhältnis von einer Modellrente, die auf einer

Dabei wird ein Aspekt deutlich und bemerkenswert: Zuwanderer aus dem Ausland in den Arbeitsmarkt helfen mit ihren Beiträgen ebenfalls, die Beiträge der Gesamtheit zu drücken. Also Zuwanderung abzulehnen, so wie es dickbackig vom rechten Rand tönt, ist sowohl für den Arbeitsmarkt als auch für die Rente dumm und blöd!

Wenn die Bundesregierung den beiden bestehenden Säulen der Rentenfinanzierung eine dritte in Form eines Aktienfonds hinzufügen will, dann ist das grundsätzlich zu begrüßen. Denn alles was die Rentenfinanzierung unterstützt, hilft bei der Sicherung der Rente für die Zukunft. Die Schweden haben es vorgemacht und da funktioniert's. So müsste es doch auch in Deutschland gehen? Hier kann man mit Radio Eriwan antworten: Im Prinzip ja, aber....!

Bei der Effektivität der in Deutschland ins Auge gefassten aktiengestützten Rentenfinanzierung bestehen Bedenken. Nicht weil der Aktienfonds kreditfinanziert ist. Zwar warnt man zu Recht wegen des hohen Ausfallrisikos Privatleute vor der Finanzierung von Aktienkäufen durch Kredite. Doch gilt das für den Staat nicht, weil er zum einen die Rentenfinanzierungspflicht hat, zum anderen nicht Bankrott gehen kann. Und wenn der Bund die aufzuwendenden 200 Mrd. Euro nicht zur Verfügung hat, dann muss er eben Kredite aufnehmen. Negativ ist aber die Höhe des Aktienfonds. Er ist zu gering! Ein Ertrag in späterer Zeit von jährlich 10 Mrd. Euro ist einfach zu wenig. Dass dieser Betrag nicht ausreicht, wird schon allein beim Betrachten des Jahreszuschusses aus dem Bundeshaushalt von zurzeit 100 Mrd. Euro deutlich. Da sind 10 Mrd. Euro nur 10%. Also: Gut gemeint, aber zu kurz gesprungen. Da wird der Bund nachlegen müssen.

ununterbrochenen Beschäftigung von 45 Jahren mit einem Durchschnittsverdienst basiert, zu einem Durchschnittslohn. Also steigt oder sinkt das Rentenniveau, je nachdem ob die Renten

stärker oder schwächer als die Löhne steigen). Dabei stellt sich die Frage: Wie kann das Rentenniveau stabil bleiben, obwohl jetzt schon viele Menschen in Rente gehen und noch mehr in baldiger Zukunft die Rente beziehen werden (sog. Babyboomer). Der Schlüssel liegt darin, dass auch immer mehr Menschen in Beschäftigung kommen und Rentenbeiträge einzahlen. Denn seit kurzem hat Deutschland eine Rekordbeschäftigung von Menschen in sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit.

Auch wenn das Renteneintrittsalter von jetzt 67 Jahren nicht erhöht werden soll, so sollen die Menschen, wenn sie wollen, länger als bis 67 arbeiten dürfen. Dabei soll man in einem solchen Fall neben der Rente das behalten dürfen, was man dazu verdient. Außerdem soll die sog. „Rente mit 63“ erhalten bleiben. Allerdings gibt es die Einschränkung, dass man 45 Jahre sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben muss. Fernerhin hat sich das Eintrittsalter erhöht, so dass diejenigen, die 1960 geboren sind, erst mit 64 Jahren und 4 Monaten, die 1964 Geborenen erst mit 65 Jahren die „Rente mit 63“ in Anspruch nehmen können.

Das Rentenniveau von 48% hängt ganz entscheidend von der Rentenfinanzierung ab. Zurzeit beruht die Rentenfinanzierung auf zwei Säulen: Dem Rentenbeitrag, den jeder Sozialversicherungspflichtige zahlen muss, im Moment 18,6%, und einem jährlichen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt, zurzeit 100 Mrd. Euro jährlich. Regierungsseits geht man davon aus, dass der Beitragssatz von 18,6% bis Ende 2027 gehalten werden kann. Damit der Beitragssatz auf diesem Niveau konstant bleiben könnte, müssten bis Ende 2027 ebenso viele Menschen in Rente gehen wie neue ins Berufsleben einsteigen. Damit ist nicht zu rechnen. Allerdings wird wegen der Rekordbeschäftigung, die wir haben, der Beitragssatzanstieg deutlich geringer ausfallen als bisher prognostiziert.

Nebenbei: Jede Zuwanderin, jeder Zuwanderer hilft mit ihrer/seiner Einzahlung in die Rentenkasse, den Beitragssatzanstieg zu dämpfen.

Zur Ergänzung der gesetzlichen Rente gibt es noch die Betriebsrente. Sie bleibt weiterhin so bestehen wie bisher.

Weil die beiden die Rentenfinanzierung tragenden Säulen, Rentenbeitrag und Bundeszuschuss, in den nächsten Jahren unter Druck geraten werden, will man zur Lastentragung eine dritte Säule hinzufügen: Die Aktienkapi-

talfinanzierung.

Grundsätzlich ist ein solches Modell, Bildung eines Aktienfonds, in Schweden erfolgreich eingerichtet worden. In Schweden zahlen die Beitragszahler einen höheren Beitrag, von dem Teile in den Aktienfonds eingezahlt werden. Die Renditen aus diesem Fonds werden sodann zur Finanzierung der Rentenzahlungen genutzt. Ähnliches will die Bundesregierung in Deutschland einführen, aber mit dem Unterschied, dass nicht der Beitragszahler den Fonds bestreiten soll, sondern es in Deutschland der Staat mit seinen Mitteln tut. Da Deutschland dieses Geld nicht zur Verfügung hat, wird der Fonds mit Krediten aufgefüllt. Bundesfinanzminister Lindner erwartet einen Überschuss der Fondserträge zu den Kreditzinsen, so dass dieser Überschuss zur Rentenfinanzierung verwandt werden kann. Mitte der 30er Jahre will man den Fonds mit 200 Mrd. Euro bestückt haben und erwartet sich etwa eine jährliche Rendite von 10 Mrd. Euro. Bei diesen Zahlen wird aber gleich klar: Diese Fondserträge können nur in bescheidenem Umfang zur Rentenfinanzierung beitragen.

Also: Man kann sagen: Die Rente ist sicher. Rentnerinnen und Rentner müssen sich nach dem heutigen Kenntnisstand nicht um den Bestand ihrer Rente sorgen.

Aber: Die Beitragszahler müssen ab 2028 mit einem höheren Beitragssatz rechnen, wobei der konkrete Umfang der Erhöhung im Moment noch nicht benannt werden kann.

IMPRESSUM:

Die Dorfschell (Sonderausgabe) – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach

**Auflage dieser Ausgabe: 650
Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)**

**Wir freuen uns, diese Kandidatinnen und Kandidaten für die SPD-Liste zur
Ortsgemeinderatswahl in Olsbrücken vorstellen zu können:**



Walter Schneck



Thorsten Haferanke



Steffen Buch



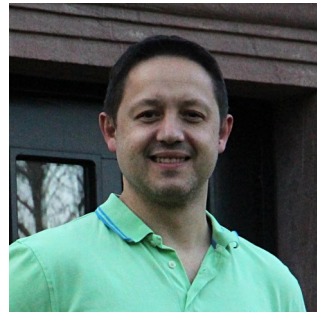
Björn Blauth



Andreas Steinbach



Till Müller



Robert Theißinger



Daniela Werner



Gerhard Klein



Dr. Fabian Sievers



Michael Simonis



Grit Wehrmann



Robert Wiehns



Iris Kannegieser-Rosenwald



Kay Jennrich



Günter Schneck



Als Ersatzkandidaten konnten wir (von links nach rechts) **Benny Haag, Stefanie Haferanke und Rudi Hill** sowie **Michael Litzenberger** (nicht auf dem Bild) für unsere Liste gewinnen.

DEMO FÜR DEMOKRATIE

Der SPD-Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach hatte zu einer Demonstration gegen Hass und Hetze, gegen Angriffe auf unsere Demokratie und ausdrücklich gegen die AfD aufgerufen. Der SPD-Ortsverein hatte die weiteren politischen, demokratischen Parteien und Gruppierungen, die örtlichen Vereine und die beiden christlichen Kirchen um Mitmachen gebeten. Aus der Politik machten CDU und FDP mit, viele Vereine sagten ihre Unterstützung zu und auch die evangelische Kirche unterstützte die Aktion. Zur Demonstration an einem Samstagmorgen kamen ca. 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf den Schulhof vor der Grundschule Olsbrücken.

Thorsten Haferanke begrüßte in seiner Eigenschaft als SPD-Ortsvereinsvorsitzender und als Beigeordneter der Ortsgemeinde Olsbrücken die Erschienenen. (Ortsbürgermeister Walter Schneck (SPD) war auch da, konnte aber wegen Stimmbandproblemen nicht reden).

Thorsten Haferanke freute sich einerseits, dass eine ordentliche Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern gekommen seien, hätte sich aber noch ein paar mehr gewünscht. Es sei wichtig, dass wir für die Demokratie, für Toleranz, für Menschenrechte Position beziehen und uns gegen Hass und Hetze, Menschen- und Demokratieverachtung zur Wehr setzen. Das heiße auch: „Wir stehen gegen die AfD, die alles das, für das wir stehen, ablehnt, verachtet und in den Dreck zieht.“

Zu den Besucherinnen und Besuchern sprachen auch das Mitglied des Bundestages Matthias Mieves (SPD), der stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU Norbert Herhammer und der Kreisvorsitzende der FDP Christian Kopp sowie Pfarrer Meier von der evangelischen Kirche.

Matthias Mieves wies insbesondere auf die Menschenfeindlichkeit und Widerlichkeit der Potsdamzusammenkunft rechtsradikaler Gruppen, an der auch Vertreter der AfD teilgenommen hatten, hin. Es sei eine Ungeheuerlichkeit, Hunderttausende/ Millionen von Menschen mit der zwangsweisen Entfernung aus Deutschland zu bedrohen. Man dürfe durchaus die Bundesregierung kritisieren, das sei ein demokratisches Recht. Doch man solle auf keinen Fall die AfD wählen, das sei brandgefährlich. Sie habe Hass, Hetze, Verachtung im Sinn und zerstöre damit die Grundlagen unserer Demokratie. Matthias Mieves schloss mit dem Satz: „Wir lieben Deutschland und lassen es uns

nicht wegnehmen!“

Norbert Herhammer (CDU) forderte alle Demokraten auf, gegen Rechtsextreme und insbesondere die AfD zusammenzustehen. Das gelte für alle Deutschen und sei überparteilich. Es sei gut, dass man gegen alle die Umtriebe der AfD demonstriere, doch man müsse auch aktiv werden und aktiv der AfD und ihren Büchsenspannern entgegentreten. Es dürfe keine Wiederholung von dem geben, was unter den Nazis geschehen sei.

Christian Kopp (FDP) verwahrte sich insbesondere gegen die in Potsdam laut gewordenen Deportationsgedanken. Wenn das Wirklichkeit werden sollte, dann würde der Schatzmeister des FDP-Kreisverbandes und Kopp's Zahnarzt auch vertrieben. Er möchte nicht erleben, dass den vorhandenen Stolpersteinen zur Erinnerung an die Nazigreuel weitere in unserer Zeit hinzugefügt werden müssten. „Wir sollten immer daran denken: Demokratie ist das Beste, was wir haben“!

Pfarrer Meier wies darauf hin, dass sich zwar die Kirchen grundsätzlich aus dem politischen Geschehen heraushalten sollten. Doch wolle die evangelische Kirche nicht schweigen, wenn an den Grundfesten unserer Republik gerüttelt werde. Und dabei gelte es besonders, unsere Demokratie gegen Angriffe von extremer Seite zu verteidigen. In diesem Kampf müssten alle Demokraten und auch die Kirchen zusammenstehen. Und das gelte nicht nur für Berlin sondern auch für Olsbrücken.